



«Geneva 2000»: Der nächste Schritt in der Weiterentwicklung der sozialen Dimension der Globalisierung

In der Reihe der grossen Weltkonferenzen der neunziger Jahre in Rio (Umwelt und Entwicklung), Kairo (Bevölkerung und Entwicklung) und Beijing (Weltfrauenkonferenz) sowie Istanbul (Habitat) fand mit dem Weltsozialgipfel von Kopenhagen von 1995 die erste UNO-Weltkonferenz statt, welche dem Thema der sozialen Entwicklung gewidmet war. Die Bedeutung dieses Weltsozialgipfels lag darin, dass zum ersten Mal die Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung gleichbedeutend auf diesem Niveau behandelt wurden. Fünf Jahre später, im Juni 2000, kommt die UNO-Generalversammlung zum ersten Mal in Genf zu einer Sondersitzung zusammen, um den Fortschritt seit Kopenhagen zu besprechen und über neue Initiativen zur Förderung der sozialen Entwicklung zu befinden.

Für viele Menschen dieser Welt wird das Jahr 2000 nichts Neues bringen. Für sie gilt weiterhin: Ein Leben in Armut und Not, Suche nach Arbeit und einem Einkommen in einem immer reicheren Umfeld, aber einer immer ärmeren Umwelt, Erniedrigung und Verlust der Würde in Gesellschaften, in denen die Menschenrechte vernachlässigt und viele Menschen an den Rand gedrängt oder vergessen werden.

1995 kamen Staats- und Regierungschefs von 117 Ländern und Ministerdelegationen aus weiteren 69 in Kopenhagen zusammen, um Wege und Mittel zur Linderung der Armut, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Sicherung der sozialen Integration zu finden. Sie verabschiedeten die Erklärung von Kopenhagen über die soziale Entwicklung sowie ein Aktionsprogramm. Die Erklärung enthielt zehn Verpflichtungen, welche die gemeinsame Absicht aufzeigten, die soziale Entwicklung zu einer der höchsten Prioritäten in der nationalen und internationalen Politik zu machen und den Menschen dabei ins Zentrum zu stellen. Darüber hinaus wurden spezifische Aufgaben der einzelnen Staaten und die Rolle des Systems der Vereinten Nationen bei der Umsetzung des Aktionsprogrammes festgehalten.

Die zehn Verpflichtungen decken ein breites Programm ab, welches sowohl die Länder des Nordens und des Südens umfasst, wobei es nicht darum ging, den Industriestaaten und Entwicklungsländern konkrete Programme für die soziale Entwicklung vorzuschreiben. Das Kopenhagener Dokument geht von

einer sozialen, freiheitlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Weltwirtschafts- und Gesellschaftsordnung aus.

In der Reihe der grossen Weltkonferenzen der neunziger Jahre – in Rio (Umwelt und Entwicklung), Kairo (Bevölkerung und Entwicklung), Beijing (Weltfrauenkonferenz) und Istanbul (Habitat) – fand mit dem Weltsozialgipfel von Kopenhagen von 1995 die erste UNO-Weltkonferenz statt, welche dem Thema der sozialen Entwicklung gewidmet war, wobei gleichzeitig der thematische Bezug mit den anderen Weltkonferenzen hergestellt wurde. Die Bedeutung des Weltsozialgipfels liegt darin, dass zum ersten Mal die Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung gleichbedeutend auf diesem Niveau behandelt wurden. Auch wurde der Versuch unternommen, den Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen, politischen, sozialen, kulturellen und rechtlichen Faktoren der sozialen Entwicklung herzustellen und konkrete Schlussfolgerungen sowie Massnahmen daraus abzuleiten.

Schwerpunktmässig stand in Kopenhagen die wirtschaftliche Situation und der Schutz der Menschenrechte in Entwicklungsländern im Vordergrund. Besondere Aufmerksamkeit wurde den am wenigsten entwickelten Ländern, insbesondere in Afrika, und den Ländern, welche sich in einer grundlegenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderung befinden, gewidmet. Weiterer Hintergrund waren aber auch wachsende globale Umweltprobleme, Bevölkerungswachstum, weltweite Arbeitslosigkeit und Unterbeschäfti-

gung sowie die Armut namentlich von Frauen, Flüchtlingsströme und spezifische Probleme von Behinderten.

Fünf Jahre später, im Juni 2000, kommt die UNO-Generalversammlung zum ersten Mal in Genf zu einer Sondersitzung (UNGASS¹) zusammen, um den Fortschritt seit Kopenhagen zu besprechen und über neue Initiativen zur Förderung der sozialen Entwicklung zu befinden. Am Treffen wird beraten, wie Fortschritte in einigen Bereichen der sozialen Entwicklung Hand in Hand gingen mit Rückschlägen in anderen, wie in einigen Ländern die Verbesserung der sozialen Bedingungen durch fehlende Finanzen, Naturkatastrophen oder Konflikte behindert wurden, wie einige aber nicht alle, von der Globalisierung profitierten, und wie es in einigen Ländern wegen der weltweiten Finanzkrise zu Rückschlägen bei den sozialen Fortschritten und zu mehr menschlichem Leid und Entbehrungen kam.

Die UNGASS wird Fortschritte und Rückschläge beraten, aber auch neue Wege zur Umsetzung der Verpflichtungen von Kopenhagen suchen, schliesslich der Art der internationalen Zusammenarbeit und der Rolle der internationalen Organisationen.

Parallel zur UNGASS werden auch die anderen Akteure der sozialen Entwicklung – NGOs², Parlamente, Ge-

¹ United Nations General Assembly Special Session (= Ausserordentliche Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen)

² Non-Governmental Organisations (= NRO: Nichtregierungsorganisationen)



Kolumbien

Foto: J. Maillard/ILO

werkschaften, Handel und Industrie, Berufsverbände, akademische Kreise, Regierungs- und Nichtregierungsakteure, Gruppen der Zivilgesellschaft und Medien – zusammenkommen, um Gedanken und Erfahrungen über Fortschritt, Hindernisse und innovative Wege zur Beseitigung letzterer auszutauschen. Am *Geneva 2000 Forum* werden mehrere tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie hochrangige Gäste die Möglichkeit zu einem freien Gespräch sowie zu einem Informations- und Gedankenaustausch haben. Indem *Geneva 2000* diese Akteure in nächster Nähe der UNGASS-Debatten zusammenbringt, erhofft man sich eine gegenseitige Befruchtung der beiden Anlässe, welche den Prozess der sozialen Entwicklung ergänzen und damit weiterbringen soll.

Die Sondersession der UNO-Generalversammlung

188 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sowie die Staaten mit Beobachterstatus wurden eingeladen, «auf dem höchstmöglichen politischen Niveau» an der UNGASS teilzunehmen. So wird erwartet, dass Staats- und Regierungschefs, Minister und Ministerinnen, die Führungsgremien der UNO-Sonderorganisationen und jene der UNO-Fonds und -Programme an *Geneva 2000* teilnehmen werden.

Sie werden die Aufgabe haben, erstens zu überprüfen, wie weit die Umsetzung der Erklärung von Kopenhagen und des Aktionsprogramms

fortgeschritten ist, und zweitens neue Wege zu finden, um in einer Zeit der wachsenden Globalisierung der Wirtschaft die gesteckten Ziele zu erreichen.

Zur Vorbereitung von *Geneva 2000* bildete die UNO-Generalversammlung 1997 einen Ausschuss (PrepCom), der sich im Mai 1998, im Mai und August/September 1999 sowie im Februar und April 2000 traf. Der Vorbereitungsausschuss, unter Leitung des chilenischen Botschafters Christian Maquieira, hatte die entsprechenden Organe und Unterorganisationen der Vereinten Nationen sowie andere betroffene Organisationen aufgefordert, bis Dezember 1999 Analysen und Vorschläge für weitere Aktivitäten vorzulegen. Die Berichte wurden im Januar 2000 veröffentlicht. Auch die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen haben auf Ersuchen hin dem Generalsekretär Berichte über ihre Umsetzung der Verpflichtungen von Kopenhagen eingereicht. Der Generalsekretär legte seinen Bericht dazu im Februar dieses Jahres vor.

Diese Dokumente sind auf der Website der UNGASS zu finden, welche über die Homepage von *Geneva 2000* www.geneva2000.org zugänglich ist.

Das Geneva 2000 Forum

Das *Geneva 2000 Forum* wird eine einmalige Gelegenheit sein für NGOs, Parlamente, Gewerkschaften, Handel und Industrie, Berufsverbände, akademische Kreise, Regierungs- und Nicht-

regierungsakteure, Gruppen der Zivilgesellschaft und Medien, sich an der Debatte über die soziale Entwicklung zu beteiligen. An einem Treffpunkt, mit Diskussionen am Runden Tisch, Debatten, Vorträgen, Ausstellungen und Multimedia-Präsentationen können sie an *Geneva 2000* Erfahrungen austauschen, Beispiele guter Praktiken identifizieren, über Hindernisse und deren Überwindung sprechen und neue Wege zur Umsetzung der Ziele der sozialen Entwicklung finden.

Das Programm des *Geneva 2000 Forums* hängt von den Teilnehmenden selber ab. Die betroffenen Organisationen wurden gegen Ende 1999 eingeladen, «Events» oder Ausstellungen am Hauptort der Anlässe (das Internationale Konferenzzentrum von Genf – CICC) oder einen der vielen reservierten Orte in der Nähe des CICC und des Palais des Nations vorzuschlagen. Der Entwurf des Programmes ist auf der Homepage von *Geneva 2000* abrufbar.

Die Schweiz organisiert als Beitrag an das *Geneva 2000 Forum* ein hochrangiges internationales Symposium. An dieser Debatte über soziale Entwicklung werden eine Reihe führender Vertreter von NGOs, Parlamenten, Gewerkschaften, Privatwirtschaft, Berufsverbänden, der Medien, d.h. Vordenkerinnen und Vordenker im Bereich der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, Arbeit, Menschenrechte sowie weiteren verwandten Gebieten teilnehmen. Die Teilnehmer wurden eingeladen, mit Referaten, Debatten und Diskussionen mit dem Publikum die Grundlage für neue Ideen zu schaffen, welche die Debatten an der UNO-Generalversammlung ergänzen und damit dazu beitragen, dass aus der oft zitierten Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller Partner Wirklichkeit wird.

Genf und die Schweiz im Juni 2000 im Zentrum der internationalen Debatte zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im 21. Jahrhundert

Die Einladung der Schweiz an die UNO-Generalversammlung beruhte auf folgenden Überlegungen: Offene Märkte und Gesellschaften sind zwar insbesondere für ein kleines Land wie die Schweiz zentral hinsichtlich der Sicherung von Wohlstand und Demokratie, doch kann die beschleunigte Globalisierung der





MONATSTHEMA



Brasilien

Foto: Claset, ILD

vergangenen Jahre eine geordnete Anpassung unserer Gesellschaften erschweren und den «Gesellschaftsvertrag» gefährden.

Im Zentrum steht das Bedürfnis, den sozialen Zusammenhalt weiter zu fördern. Neben den geeigneten, das Wirtschaftswachstum fördernden Rahmenbedingungen braucht es Massnahmen zur Bekämpfung der Armut und zur Förderung der sozialen Integration. Internationale Regeln und Massnahmen sollen es allen Teilen der Gesellschaft sowie insbesondere den Entwicklungsländern ermöglichen, sowohl von den Chancen der Globalisierung zu profitieren als auch Zugang zu Mitteln zu finden, um diese Chancen zu nutzen und die Anpassungskosten zu minimieren. Das bedarf einerseits eines gesamtheitlichen, wirtschaftliche und soziale Aspekte verbindenden Ansatzes zur Sicherung einer kohärenten Politik und andererseits einer Zusammenarbeit aller internationaler Organisationen, sowohl der Staaten und der Zivilgesellschaft als auch insbesondere der NGOs und der Privatwirtschaft. Ziel ist es, einen Beitrag zum Erarbeiten globaler Regeln und angepasster Hilfsmassnahmen in den sozialen und ökonomischen Bereichen zu leisten und damit eine möglichst breite Unterstützung der Bevölkerung für die Globalisierung und die internationale Zusammenarbeit zu fördern.

Genf – europäischer Sitz der Vereinten Nationen – bietet die Voraussetzungen, um diesem Ziel einen Schritt näherzukommen. Die Stadt beherbergt mehrere internationale Organisationen im

sozialen und wirtschaftlichen Bereich und ist ein etabliertes Diskussionsforum. Wichtiger ist noch, dass die Schweiz mit der Organisation des Internationalen Forums *Genève 2000* den NGOs, dem Privatsektor, den Gewerkschaften sowie den Parlamentariern, Forschern, Regierungsvertretern und internationalen Organisationen eine Plattform für einen fruchtbaren Dialog anbietet. Dieser soll dazu beitragen, die Diskussion um Initiativen, wie z.B. den von UNO-Generalsekretär Kofi Annan favorisierten «Global Compact» (fundamentale UNO-Prinzipien im Menschenrechts-, Sozial- und Umweltbereich) zu fördern.

Zur Organisation von Geneva 2000

Ende März 1999 ernannte der Bundesrat einen Delegierten für die Folgekonferenz zum Sozialgipfel, dem die Organisation des Gesamtanlasses *Geneva 2000* schweizerischerseits obliegt. Die Konferenz wird in engster Zusammenarbeit mit den Genfer Behörden, dem Vorbereitungsausschuss der Generalversammlung, dem Generalsekretariat der UNO, der UNO in Genf und den UNO-Organisationen inkl. Bretton-Woods-Organisationen organisiert. Die Schweiz hat gegenüber der UNO eine Reihe finanzieller und logistischer Verpflichtungen zur Ermöglichung der Generalversammlung in Genf übernommen. Zur Vorbereitung des Forums ist die Zusammenarbeit mit den NGOs, dem

Privatsektor, den Gewerkschaften und Parlamentariern sowie Regierungen und Internationalen Organisationen von grosser Bedeutung. In Genf wurde für die Organisation ein Konferenzsekretariat mit zwölf Personen eingerichtet, dem auch zwei mit den Beziehungen zu den NGOs und den Medien betrauten Berater angehören. Für die rein organisatorischen Aufgaben (Hotelreservierungen, Transport, Management der Konferenzräumlichkeiten) wurde ein professioneller Kongressveranstalter sowie eine Freiwilligenorganisation rekrutiert. Sodann wurde eine Reihe von Arbeitsgruppen, bestehend aus den Genfer und Bundesbehörden sowie Vertretern der UNO in Genf, gebildet. ■



Daniel Stauffacher

Botschafter, Delegierter des Bundesrates für die Folgekonferenz zum Weltsocialgipfel – Genf 2000, Genf